



**Gunther Sieg MdL**

Vorsitzender  
des Rechtsausschusses

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

Landtag Nordrhein-Westfalen Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

An die  
ordentlichen und stellvertretenden  
Mitglieder des Rechtsausschusses

im Hause

Telefonzentrale: (02 11) 88 4 - 0  
Durchwahl: 27 92/22 26

Düsseldorf, 25.9.97

**Haushaltsgesetz 1998  
Einzelplan 04 - Geschäftsbereich des Justizministeriums**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in der Sitzung des Rechtsausschusses am 24. September 1997 hat der Justizminister eine Einführung in den Entwurf des Justizhaushaltes 1998 vorgetragen. Das entsprechende Statement von Justizminister Dr. Fritz Behrens überreiche ich Ihnen anliegend zur gefl. Kenntnisnahme.

Ich weise im übrigen darauf hin, daß der Ausschuß sich darauf verständigt hat, in der Sitzung am 26. November 1997 die Beratungen abzuschließen und über den Haushalt abzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Gunther Sieg

F. d. R.

(Lennertz)

Ausschußassistent

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
12. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**12/1555**

A15

**Statement**  
**von Herrn Justizminister Dr. Fritz Behrens**  
**vor dem Rechtsausschuß des Landtags NRW**  
**am 24.09.1997**

**„Einführung in den Entwurf des Justizhaushalts 1998“**

Anrede,

die Rahmenbedingungen für die Justiz sind und bleiben schwierig. Einerseits führt die differenzierte Rechtsgestaltung vieler Lebensbereiche zu neuen gesetzlichen Aufgaben, zu einer wachsenden Änderungshäufigkeit der Vorschriften und zu einer immer höheren Regelungsdichte. Auf der anderen Seite hat sich die finanzwirtschaftliche Lage der Bundesrepublik Deutschland immer weiter verschlechtert. Eine Entspannung ist nicht in Sicht.

---

- 2 -

Ein Schwerpunkt justizpolitischer Arbeit muß es mithin sein, Wege zu beschreiten und Maßnahmen zu ergreifen, die die Justiz nachhaltig entlasten und für den rechtsuchenden Bürger einen effektiven und schnellen Rechtsschutz auch in schwierigen Zeiten sicherstellen. Ziel muß es sein,

- die Verfahrensabläufe innerhalb der Justiz zu optimieren,
- die Justiz zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen umzubauen, das flexibel auf die sich rasch verändernden gesellschaftlichen

Vollausstattung der Justiz mit IT-Technik, Programm „Justiz 2003“

Die Landesregierung hat beschlossen, bis zum Jahre 2003 mit einem Investitionsvolumen von fast 500 Mio. DM die Justiz flächendeckend mit moderner IT-Technik auszustatten.

Auf diese Weise wird das Land Nordrhein-Westfalen bundesweit Maßstäbe setzen und das Fundament für die dringend notwendige Erneuerung der Justiz legen. Der flächendeckende Einzug der IT-

Technik in die Gerichte, Staatsanwaltschaften sowie die Justizvollzugsanstalten unseres Landes wird

- zu einer Vereinfachung und Beschleunigung der Arbeitsabläufe führen sowie
- die Arbeit und das Erscheinungsbild der Justiz grundlegend verändern.

Für die weitere IT-Ausstattung und Vernetzung der Justiz sieht der Haushaltsentwurf 1998 daher entsprechend dem von der Landesregie-

für Systembetreuer erreicht, nachdem für diesen Zweck in den Haushalten 1994 bis 1997 bereits 61 neue Stellen eingerichtet worden sind.

Daneben sollen

- 3 Stellen für Diplom-Informatiker
- 40 Stellen für Anwenderbetreuer und
- 30 Stellen für „Grundbuchführer“

durch Höhergruppierung einer entsprechenden Anzahl bereiter Stellen aus anderen Diensten eingerichtet werden.

**Haushaltsflexibilisierung, dezentrale Ressourcenverantwortung/Budgetierung und controllingsorientierte Kosten- und Leistungsrechnung**

Leitgedanke für eine Modernisierung des öffentlichen Haushaltswesens ist eine dezentrale, eigenverantwortliche Aufgabenwahrnehmung durch Kompetenz und Ressourcenverantwortung. Auf diese Weise

sollen eine flexible, zeitnahe, effiziente und bürgerfreundliche Problembewältigung ermöglicht und Kreativität, Motivation und Innovationsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessert werden.

Die Justiz in NRW plant hierzu im einzelnen die Einführung

- dezentraler Ressourcenverantwortung mit dem Ziel der Budgetierung und
- eines umfassenden und funktionsgerechten „Controlling“.

Als erster Schritt in diese Richtung läuft seit Anfang 1997 bei 18 Modellgerichten und –behörden der Modellversuch „Haushaltsflexibilisierung“. Dies bedeutet für die einzelnen Modelleinrichtungen eine weitgehend flexible und eigenverantwortliche Haushaltsbewirtschaftung.

Die Modelleinrichtungen, die im laufenden Jahr bereits die Haushaltsflexibilisierung erproben, sollen ab 01.01.1998 in einem weiteren Schritt in den Modellversuch „dezentrale Ressourcenverantwortung mit dem Ziel der Budgetierung“ übergeleitet werden. Es soll dann –

mit Ausnahme der Aus- und Fortbildungseinrichtungen, die komplett in die Budgetierung einbezogen werden sollen, - für jede Modelleinrichtung im Haushaltsplan eine eigene Titelgruppe eingerichtet werden, die im Grundsatz alle Einnahmen (HGr. 1 und 2), sächlichen Verwaltungsausgaben (HGr. 5) und Ausgaben für sonstige Investitionen (HGr. 8), die bei der jeweiligen Modelleinrichtung anfallen, enthält.

Darüber hinaus soll den Modelleinrichtungen – zur Vermeidung des „Dezemberfiebers“ – in weiterem Umfang als bisher die Möglichkeit

eingräumt werden, Ausgabereste in das darauf folgende Haushaltsjahr zu übertragen, ohne daß hierfür „doppelte Deckung“ angeboten werden muß.

Zeitgleich mit dem Beginn des Modellversuchs „dezentrale Ressourcenverantwortung“ am 01.01.1998 soll bei den einzelnen Modelleinrichtungen eine controllingorientierte Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt werden. In Ergänzung der kameralistischen Haushaltsrechnung soll die betriebswirtschaftlich orientierte Kosten- und Leistungsrechnung detaillierte Informationen darüber zur Verfügung stellen,

- welche Kosten entstehen,
- durch welche Organisationseinheit diese Kosten verursacht werden und
- für welches „Produkt“ die Kosten anfallen.

Mit Hilfe der Kosten- und Leistungsrechnung sollen die erforderlichen Planungsdaten für die Aufstellung und Bewirtschaftung der den einzelnen Modellgerichten und Justizbehörden künftig zuzuteilenden Budgets ermittelt werden. Dies schafft Kostentransparenz und hilft

dabei, organisatorische Schwachstellen vor Ort rechtzeitig zu erkennen und organisatorische Verbesserungen im Interesse des rechtsuchenden Bürgers zeitnah umzusetzen.

Mit diesem in der Justiz bislang einmaligen Projekt setzt Nordrhein-Westfalen Maßstäbe und nimmt bundesweit eine Vorreiterrolle ein.

Neben dem Projekt „Dezentrale Ressourcenverantwortung und Haushaltscontrolling“ soll 1998 der Modellversuch „Haushaltsflexibilisierung“ auf weitere 33 Gerichte und Justizbehörden ausgedehnt werden.



## Weitere Schwerpunkte

Auf folgende weitere Schwerpunkte des Entwurfs des Justizhaushalts 1998 darf ich besonders hinweisen:

### Im Bereich des Personalhaushalts

- Höhergruppierung von 150 Stellen des Vorzimmer- und Schreibdienstes bei den ordentlichen Gerichten und Staatsanwaltschaften im Rahmen der Einführung weiterer Service-Einheiten,

- Ausnahme des staatsanwaltschaftlichen Dienstes von der 12-monatigen Stellenbesetzungssperre zur Entlastung der Staatsanwaltschaften und zur Vermeidung vorzeitiger Entlassungen von Untersuchungsgefangenen, die schwerer und schwerster Verbrechen verdächtig werden;

- Einrichtung von 4 Stellen für Diplom-Informatiker durch Stellenumwandlungen zum Einsatz bei den Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.

Auf folgenden weiteren Schwerpunkt des Haushaltsentwurfs 1998 weise ich besonders hin:

### Therapeutische Behandlung von Sexualstraftätern

Die Behandlung von Sexualstraftätern steht angesichts spektakulärer Einzelfälle in der jüngeren Vergangenheit zunehmend im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Ein optimierter Schutz der Allgemeinheit soll durch eine möglichst breit angelegte therapeutische Behandlung

von Sexualstraftätern erreicht werden. In den Entwurf des Haushalts 1998 wurde deshalb das Programm „Therapeutische Behandlung von Sexualstraftätern“ eingestellt. Hierfür sieht der Entwurf des Haushalts 1998 im einzelnen folgendes vor:

- Verlängerung von 25 kw-Vermerken des höheren Dienstes (um jeweils 5 Jahre) zur Neueinstellung von 25 Kräften des psychologischen Dienstes zur therapeutischen Behandlung von Sexualstraftätern in den Justizvollzugsanstalten,

- Verlängerung von 195 kw-Vermerken des mittleren Dienstes (davon 145 um jeweils 2 Jahre und 50 um jeweils 5 Jahre),
- 50 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten für den allgemeine Vollzugsdienst,
- zusätzliche Mittel zur Gewährleistung von Therapieangeboten durch externe Therapeuten in Höhe von insgesamt rund 1,5 Mio. DM,

- Zuwendungen an freie Träger im Rahmen der therapeutischen Behandlung in Höhe von 500.000 DM sowie
- Zuwendungen an freie Träger im Rahmen der Bewährungshilfe in Höhe von 50.000 DM.

Im Bereich des Bauhaushalts sieht der Entwurf des Haushalts 1998 schwerpunktmäßig folgende Mittelansätze vor:

Für die Fortführung laufender Baumaßnahmen wurden rund 279 Mio. DM eingestellt. Ein Großteil der Ausgaben (rund 197 Mio. DM) ist für die Abrechnung der 1998 schlüssigfertig zu übernehmenden Justizvollzugsanstalt Gelsenkirchen-Feldmark bestimmt. Die weiteren Mittel reichen aus, um die laufenden Baumaßnahmen planmäßig fortführen zu können.

Darüber hinaus sind

- für die Erweiterung und Sanierung des Gebäudes des Oberlandesgerichts Hamm sowie
- für den Ausbau der Justizvollzugsanstalt Herford

erste Teilbeträge in den Haushaltsentwurf 1998 eingestellt. Damit kann mit den hier dringend notwendigen Baumaßnahmen 1998 begonnen werden. Außerdem sieht der Haushaltsentwurf 1998 ein Sonderprogramm „Grunderneuerung von Altbauten im Justizvollzug ein-

schließlich damit zusammenhängender Erweiterungsmaßnahmen“ vor (Kapitel 02 070). Für 1998 soll eine weitere Rate in Höhe von 10 Mio. DM etatisiert werden. Die Fortführung des Programms mit gleich hohen Raten ist in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

Meine Damen und Herren,

der Ihnen vorliegende Entwurf für den Justizhaushalt 1998 bietet – trotz aller Zwänge zu erhöhter Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit –

die Gewähr dafür, daß die Justiz den Prozeß einer grundlegenden Erneuerung fortsetzen und weiterhin ihre Aufgaben sachgerecht erledigen kann.